

BUCHBESPRECHUNGEN

CHRISTIAN SCHMIDT-HÄUER
ADOLF MÜLLER
VIVA DUBČEK

Reform und Okkupation in der ČSSR. Mit einem ein-
führenden Bericht von Heinrich Böll. Kiepenheuer &
Witsch, Köln 1968. 192 S., brosch. 7,80 DM.

Hier ist ein Rekord aufgestellt worden. Noch im Oktober ist ein Buch erschienen, das die tschechoslowakische Entwicklung aus eigener Anschauung bis in den Anfang Oktober darstellt, und dies nicht in einer oberflächlichen, sensationshascherischen Weise. Schmidt-Häuer, ein Name, den man sich merken muß — ist an seine Aufgabe mit großer Gewissenhaftigkeit und mit einem ausgesprochenen Talent, dramatische Situationen auch entsprechend dramatisch zu schildern, herangegangen. Am besten sind ihm die Kapitel gelungen, die die Stimmung im Sommer 1968 vor der Invasion und dann die Situation in der ersten Zeit der Okkupation beschreiben — man kann das nur mit angehaltenem Atem lesen und muß der Bravour, mit der das zu Papier gebracht wurde, seine Bewunderung aussprechen. Bei der Besprechung des „Prager Frühlings“ fehlt die Behandlung der geforderten Änderung der Stellung der Slowaken im Staat, die eine wesentliche Bedeutung hat, sowie eine Erwähnung dessen, daß von nun an die Deutschen als Minderheit anerkannt werden sollen, während früher Assimilierung das Schlagwort war.

Gewichtiger ist für mich ein anderer Einwand: daß der Verfasser im Taumel der Begeisterung, in die er angesichts des Miterlebten geriet, das Augenmaß verloren hat und *Dubček* sowie alles, was mit diesem Namen bezeichnet ist, unkritisch sieht (auch der Titel des Buches scheint mir unpassend). Schmidt-Häuer erwähnt die Bemühungen einiger ungeborener Sozialdemokraten, eine Sozialdemokratische Partei aufzurichten, aber er läßt nicht erkennen, ob er es mißbilligt, daß man sie durch bürokratische Schikanen und Ein-

schüchterungsversuche daran gehindert hat; da er an Dubček nichts auszusetzen findet, dürfte er es zumindest nicht mißbilligen. Bei aller Anerkennung für den Mut und die Entschlossenheit Dubčeks und der übrigen Reformkommunisten muß man doch sagen, daß wahre Freiheit mit einem Zustand unvereinbar ist, der der Kommunistischen Partei den Führungsanspruch sichert, aus dem sie das Recht ableitet, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Es ist sehr eindrücklich von Schmidt-Häuer geschildert, "wie das Volk den Reformern jubelte, aber die Menschen hat nicht das typisch Kommunistische in Dubčeks Programm begeistert, sondern das Nicht-Kommunistische, die Verheißung der Freiheit, sowie die Tatsache, daß Dubček der Sowjetunion die Zähne gezeigt hat.

In einem Schlußteil gibt *Adolf Müller* — offenbar das Pseudonym eines tschechischen Reformkommunisten — einige wertvolle Informationen zusätzlicher Art. Aber auch er kann, wiewohl er sich darum bemüht, die Frage nicht beantworten, ob Kommunismus mit Freiheit vereinbar ist. „Demokratischen Sozialismus“ kann es dort nicht geben, wo man dessen Bekenner am Bekenntnis hindert. — In einem einführenden Bericht schildert Heinrich Böll seine Eindrücke von der Besetzung des Landes, die er miterlebt hat.

Alles in allem eine sehr begrüßenswerte Veröffentlichung, deren Wert vor allem in der lebendigen und lebensnahen Schilderung der sich überstürzenden Ereignisse liegt.

Dr. J. W. Brügel

JEAN - RAYMOND TOURNOUX DIE TRAGÖDIE DES GENERALS DE GAULLE, DIE WELTPOLITIK UND DEUTSCHLAND

Mit einem Vorwort von Peter Scholl-Latour. Droste Verlag, Düsseldorf 1968. Aus dem Französischen von W. Schwerdtfeger. 448 S., Leinen 26,— DM.

Der politische Direktor des großen Magazins *Paris-Match* gibt Gespräche mit dem französischen Staatschef wieder, die er selbst oder wichtige Politiker mit ihm geführt haben, Stellungnahmen im kleinen Kreis, unter vier Augen zumeist. Ein geheimer de Gaulle wird sichtbar, ein ungeschminkter, zumindest ein weniger geschminkter. Gewiß ist der General alles andere als unbekannt, der Vorwurf, er fürchte das Licht der Öffentlichkeit, kann wahrlich gegen ihn nicht erhoben werden. Kaum ein anderer Staatsmann sieht sich so oft veranlaßt, das Wort zu ergreifen.

De Gaulles private Äußerungen fügen also der Kenntnis seiner Politik nichts eigentlich Neues hinzu. Diese Politik ist so deutlich, sie wurde so oft dargelegt und sie entfaltete sich mit solchem Ungestüm in ihren verschiedenen

Zickzacks, daß Enthüllungen kaum noch möglich sind. Allerdings zeigen Tournoux' Aufzeichnungen de Gaulles Gedanken sozusagen im unfrisierten Zustand. Man ist nahe an der Quelle, und das hat etwas Faszinierendes. Dabei erfährt man etwas vom Menschen, dem die offizielle Pose — die kalte Unnahbarkeit und die weit geschwungenen klassischen Sentenzen — nur entstellt Rechnung trägt. De Gaulle erscheint hier nicht nur als Meister glänzender Formulierung — das wußte man —, sondern auch mit der Gabe geistreicher Schlagfertigkeit, treffenden Witzes und — noch häufiger — bitteren Hohnes. Seine hohe Kultur läßt literarische Beispiele oft anklingen; römische Antike, französische Klassik, *Chateaubriand*, *Victor Hugo*, *Nietzsche* durchziehen die Rede. Daneben fehlt es nicht an volkstümlichen, sogar derben Wendungen, was deutsche Leser überraschen mag, aber de Gaulle als echten Sohn Frankreichs ausweist, der seine Ironie bis zur Respektlosigkeit vortreiben liebt.

Wollte man den hervorstechenden Charakterzug dieses Mannes nennen, so müßte man einen besessenen Egozentrismus anführen, auf dem ein stupendes Sendungsbewußtsein sich erhebt. Durch ein Vierteljahrhundert geistert mit gesteigerter Präntention der Satz: „Ich bin Frankreich“. Minister und Generale belehrt er, daß niemand anders als er im Namen Frankreichs sprechen dürfe. Unerschütterlich sagt er: „Denken Sie daran, die Ereignisse geben mir im Augenblick unrecht, aber die Geschichte wird mir recht geben.“ Das Ziel, das ihn leitet, ist Frankreichs Größe. Voller Achtung spricht er von sich in dritter Person: „Die Politik des Generals de Gaulle ist die Politik des nationalen Strebens. Sie bekämpft jene Menschen, die nicht mehr an Frankreich glauben und die bereit sind, sich in den Wust eines vaterlandslosen Durcheinanders aufzulösen.“

Menschen, die er bekämpfte, waren die Träger der 4. Republik, Parteien und Gewerkschaften. Das „Parteienregime“ war und ist der Hauptfeind, das vermeintliche Hindernis auf dem Weg zu Frankreichs Größe. Dabei beging der General einen monumentalen Irrtum, indem er Ursache und Wirkung durcheinanderbrachte. Er beschuldigte das Regime der 4. Republik, das Kolonialreich aufzugeben, während er später als Staatsoberhaupt selbst gezwungen war, der imperialen Mission den Todesstoß zu versetzen. Hierbei zeigte es sich, daß seine Konzeption der französischen Größe utopisch war. Das Ziel war so falsch wie die Mittel, deren er sich bedienen wollte.

Von solchen Widersprüchen zerrissen, trägt diese Politik den Stempel des Scheiterns. Wahrhaft neu ist der von Tournoux enthüllte Tatbestand, daß de Gaulle sich dieses Scheiterns bewußt ist. Mehrfach kommt das Wissen von der Diskrepanz zwischen dem himmelstürmenden Willen des Generals und den

Vorstellungen der Franzosen zum Ausdruck. Dann bekundet sich ein anklägerisches Jammern, das an *Hitlers* Verwünschungen gegen das deutsche Volk angesichts der erlittenen Niederlage erinnert: „Ich kann die Franzosen nicht hindern, Franzosen zu sein. Man entgeht seinem Verhängnis nicht. Die Franzosen wollen ausgelöscht werden. Man kann sie nicht regieren.“ Zwischen dem von Heldentum, *Richelieu*, *Napoleon*, *Clemenceau* genährten Denken de Gaulles und den irdischen Interessen der Bevölkerung gähnt ein Abgrund. Doppelzüngigkeit und propagandistische Schwärmerie dienen dazu, ihn zu verdecken.

Wohin das führt, wurde in der Mai-Krise offensichtlich, als der Gegensatz revolutionär aufbrach; enthüllend ist folgender Ausspruch: „Ordentlich regieren kann man nur in Kriegszeiten.“ Dieser skandalöse Satz beweist, wie wenig qualifiziert de Gaulle ist, zu regieren: im Frieden und für den Frieden. Politisch gebildeter und vorurteilsloser als die meisten Armeeführer, zeigt er sich immer wieder als General. Als Bewunderer Nietzsches ist ihm der Friede suspekt, schwärmt er von Ausnahmesituationen. Verächtlich behandelt er die Wähler, die „über Futterrüben abstimmen, über den Wein, die Löhne.“ Um die Macht zu ergreifen, erwartet er dagegen einen „Schock“: Angst oder Ehrgeiz. Bis heute sind das die bevorzugten Mittel seines Regierens. Die Politik ist ihm das Exerzierfeld der „großen Männer“, in deren Händen die Masse nichts als ein passives Werkzeug ist. Im zweiten Weltkrieg erblickt er vor allem das „Zeitalter der Giganten“, nicht das Leiden der Völker.

Solche Auffassung geht einher mit einer soliden Menschenverachtung, wobei man nicht zuletzt an *Adenauer* denkt, einen der wenigen Partner, die der General schätzte. De Gaulle ist sicher ein Mensch strenger moralischer Anforderung, der nichts leicht nimmt. Er liebt die Lüge nicht, dennoch bleibt er nicht immer bei der Wahrheit. So schreibt Tournoux: „Er verbindet Ehrlichkeit im Zweck mit Fragwürdigkeit der Mittel und umgekehrt. Im Dienste des Staates ist Doppeldeutigkeit nichts Ehrenrühriges.“ Das ist die unausbleibliche Folge des Ich-Kultes. So kann er sich nacheinander zum Herold des kalten Krieges oder der Entspannung küren, Rußland bekämpfen oder die Versöhnung mit ihm predigen, vor China warnen oder sich ihm annähern, die Deutschen loben oder verurteilen. Die verschiedenen Mittel entspringen dem unverändert gleichen Großmachtsziel. Deshalb erblickt de Gaulle darin keine Unmoral. Trocken konstatiert er: „Die Politik ist nichts für Chorknaben.“

Trotz der Mischung aus „Romantik und Zynismus“ ist der General weiser Einsichten fähig — ein Zeichen großer Intelligenz. So überzeugte er sich früher als die meisten von

der notwendigen Unabhängigkeit Algeriens, von der Ausweglosigkeit der NATO, von den Irrtümern der USA. Auch hält er ein einheitliches Europa für wahrscheinlich, ohne allerdings dafür den kleinen Finger zu rühren. Ungeachtet aller Geistesblitze vermag er nicht, über seinen nationalistischen Schatten zu springen. So bleibt es bei vielen Scherben und einigen guten Ansätzen (vor allem die Annäherung an die Oststaaten, die dort eine eigenwillige Entwicklung begünstigte).

„Die Tragödie des Generals“ ist letztlich die einer anachronistischen Gestalt, eines ins 20. Jahrhundert verirrten *Richelieu* oder *Louis XIV.* Die Tragödie ist der Konflikt zwischen reaktionärer Verblendung und wacher Intelligenz. Da erinnert manches an einen politisierenden General und manches an einen gescheiterten Philosophen. Das läßt nicht gleichgültig. Die Tragödie ist aber vor allem auch — vergessen wir es nicht — ein Trauerspiel des französischen Volkes.

Heinz Abosch

ERNEST MANDEL

DIE EWG UND DIE KONKURRENZ EUROPA — AMERIKA

„res novae“ Band 64. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1968. 111 S., Snolin-Broschur, 5,80 DM.

Als Bestseller auf dem deutschen (Sach-) Büchermarkt liefert die Streitschrift des Franzosen *Servan-Schreiber* „Die Amerikanische Herausforderung“ jenen Kritikern neue Munition, die vor der Überfremdung der europäischen Wirtschaft durch amerikanisches Kapital warnen und den betroffenen Regierungen sowie deren Notenbanken vorwerfen, sie tauschten schlechte Dollars gegen gutes Gold ein, stützten auf diese Weise den unrealistischen Dollar-Wechselkurs und finanzierten so amerikanischen Großkonzernen den Aufkauf der zukunftsträchtigsten europäischen Industrieunternehmen. Servan-Schreiber sieht nur eine Möglichkeit, diesem Vordringen, das neben den wirtschaftlichen auch politische Bindungen mit sich bringt, zu begegnen: die Schaffung europäischer, supranationaler Großbetriebe.

Der französische Autor macht sich damit zum Apologeten des europäischen, besonders des bundesdeutschen Großkapitals, das weniger die technologische als die organisatorisch-funktionelle Konkurrenz der USA fürchtet und in der Endkonsequenz sein Heil in einer spezifischen Form eines (EWG-)Staatskapitalismus sucht, der der amerikanischen Expansion Paroli bieten soll. Eine solche Abkehr vom (neo-)liberalen Tugendpfad — die Interdependenz von Politik und Kapital —, dürfte dann endgültig den Staatsapparat zu einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals dege-

nerieren lassen (entsprechend dem amerikanischen Gegenbild: „Was gut ist für General Motors, ist auch gut für die USA“).

Der renommierte belgische Sozialist und Wirtschaftstheoretiker *Ernest Mandel* nun versucht in seiner „Antwort auf Servan-Schreibers „Amerikanische Herausforderung“ — so der Untertitel — eine „Sozialistische Alternative“ zur Diskussion zu stellen, die davon ausgeht, daß beide Arten der internationalen Kapitalkonzentration, also die innereuropäische ebenso wie die Verbindung von europäischem und US-Kapital (bei amerikanischer Dominanz), „den Erfordernissen der modernen Technik, der Verteidigung und Ausdehnung der persönlichen Freiheit und der Humanisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zutiefst widersprechen“.

Sollte sich die europäische Arbeiterbewegung aus taktischen oder opportunistischen Gründen für die eine oder andere Spielart des reformierten Kapitalismus entscheiden, so hat sie nur die Wahl zwischen der direkten Unterwerfung unter das US-Kapital oder einer indirekten unter — durch dieses US-Kapital verursachten — Methoden staatskapitalistischer Massenmanipulation sowie einer fortschreitenden Entfremdung der werktätigen Produzenten unter dem Vorwand eines wirksameren Wettbewerbs gegenüber dem amerikanischen Kapital.

Mandel macht sich seine Antwort nicht leicht; er geht zunächst auf die Ursachen der internationalen Konzentration und Zentralisation des Kapitals ein, er nennt die Gründe für die relative Überlegenheit der US-Unternehmen in der internationalen Konkurrenz, analysiert die internationalen Kapitalverflechtungen in der EWG, zeigt das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den USA und Westeuropa auf, beschäftigt sich mit der ökonomischen Krise des internationalen Währungssystems und der Zukunft der EWG (jeweils mit ausführlichen Fußnoten und Quellenangaben) bevor er — schlußfolgernd — auf die sozialistische Alternative zu sprechen kommt.

Er sieht in Servan-Schreiber nur eine Stimme „jener Ideologen der Technokratie, die der westeuropäischen Arbeiterbewegung eine weitere Integration in den bürgerlichen Staat . . . über den Umweg der übernationalen Gebilde der EWG“ schmackhaft zu machen suchen und sich als „Erneuerer der Linken“ ausgeben, in Wirklichkeit aber der „europäischen Arbeiterklasse oktroyieren“ wollen, freiwillig „auf die Verteidigung der eigenen Interessen gegenüber den Europäischen Großkonzernen“ zu verzichten unter dem Vorwand, „die sogenannte Stabilität in der Expansion“ zu sichern. Diese Selbstaufgabe gewerkschaftlicher Positionen aber, mit der der amerikanischen Vorsprung einzuholen wäre, ist eben nicht wertfrei, sondern entspricht genau

den Vorstellungen kapitalverpflichteter Technokraten und Manager, die letzten Endes die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen nur verfestigen würden.

Das aber hieße die „Widersprüche auf die Spitze“ zu treiben und „die Werktätigen sowie die Intelligenz vor die Wahl“ zu stellen: „entweder wachsende Autorität in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft, fortschreitender Abbau der letzten demokratischen Rechte und der letzten Bereiche der individuellen Selbstbestimmung, sowie im Zuge der wachsenden Wirtschaftsprogrammierung ein Zusammenspiel von Anarchie der Marktwirtschaft mit bürokratischer Despotie; oder Lösung der Widersprüche durch sozialistische Planung mit dem Zweck der Bedarfsdeckung, aufgebaut auf ein tatsächlich demokratisch-zentralisiertes System der Arbeiterselbstverwaltung“.

Man mag mit diesen Thesen Mandels nicht konform gehen, man sollte sich jedoch die Gelegenheit nicht entgehen lassen, seine theoretischen Ansätze zu überprüfen. „Wir“ — so entgegnet Mandel der „Amerikanischen Herausforderung“ — „antworten darauf, daß wir einer solchen Konzentration von Wirtschaftsmacht in wenigen Händen die bewußte, demokratische Kontrolle dieser Wirtschaft durch die assoziierten Produzenten vorziehen, die in sozialisierten Großbetrieben und durch zentral geplante Investitionen die Möglichkeiten modernster Technik voll und ganz ausschöpfen können.“

Dieter Kuhr

REINHARD KÜHNEL / G. AHRWEILER/
M. MAESSEN / R. RILLING / R. TELLERS
DIE NPD — STRUKTUR, PROGRAMM
UND IDEOLOGIE EINER
NEOFASCHISTISCHEN PARTEI

Voltaire Verlag, Berlin 1967. 260 S., Paperback, 11,80 D-Mark.

VERBOT ODER AUFLÖSUNG DER NPD?

Herausgeber: Demokratische Aktion. Für den Inhalt verantwortlich: Kurt Hirsch. Vorwort: Reinhard Kühnel. Bavaria-Druck GmbH, München 1968. 64 Seiten, brosch. 2,50 DM.

Nicht alles ist Gold, was an Publikationen gegen die NPD vertrieben wird. Viele Schriften halten sich gar zu sehr an der Oberfläche auf. Deshalb muß es begrüßt werden, daß der Berliner Voltaire Verlag — kurz vor seiner bedauerlichen Auflösung — eine sehr instruktive Untersuchung über die NPD herausgebracht hat.

Zwar ist die NPD für Kühnel die offenbare Konsequenz der Versäumnisse und Fehler in der zweiten deutschen Republik: der ausgebliebenen Gesellschaftsreform, der mangelhaften politischen Aktivierung des Staatsbürgers, der fehlgeschlagenen „Politik der Stärke“ in den fünfziger Jahren, der Oligarchisierung der

Parteiapparate, des Wegfalls einer wirksamen Opposition, des penetranten nationalistischen Vokabulars führender Politiker und der Volksgemeinschaftsideologie bürgerlicher Parteien. Dennoch begeht Kühnel nicht den Fehler mancher radikaler Kritiker der Bundesrepublik, die die NPD lediglich als einen Appendix der herrschenden konservativen Kräfte werten. Er erkennt durchaus die Eigendynamik rechtsradikaler Parteien-Ausführlich werden die organisatorischen Vorläufer der NPD wie die Deutsche Rechts-Partei, die 1952 vom Bundesverfassungsgericht verbotene Sozialistische Reichspartei und die Deutsche Reichspartei, sowie Vorgeschichte, Aufstieg und Organisation der NPD dargestellt. Kühnel und seine Mitarbeiter weisen nach, daß in den Führungskadern der NPD gerade solche ehemaligen Nationalsozialisten sitzen, die der NSDAP bereits vor ihrer Machtergreifung angehört und die den Macht- und Terrorapparat des Dritten Reiches als Funktionäre in teilweise sehr hohen Positionen mitaufgebaut hatten. Bemerkenswert ist auch die Feststellung, daß die NPD sich gerade auf die mittleren Jahrgänge in der Wählerschaft stützt, auf solche Wähler, die als begeisterungsfähige junge Menschen vor und nach 1933 den Nationalsozialismus erlebt haben.

Die Autoren zeigen die ideologischen Strömungen, die die Weltanschauung der Partei bestimmen: Antipluralismus, Autoritarismus, Nationalismus, Biologismus, Rassismus, Kult der Gewalt. Insbesondere die Reden des Chefideologen Prof. Ernst Anrieh, der die chronologische und rangmäßige Priorität der „Art“ vor dem Einzelmenschen postuliert, haben eine auffallende Ähnlichkeit mit Hitlers „Mein Kampf“ und mit Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“. Wenn man sich die mit radikaler Unabdingbarkeit vorgetragenen maßlosen außenpolitischen Forderungen der NPD — wie etwa nach Rückgewinnung des Sudetenlandes — in Verbindung mit Kriegsverherrlichung und der verklärenden Darstellung des Nationalsozialismus vor Augen hält, dann wird man auch den Autoren beipflichten müssen, wenn sie behaupten, daß sich „die von der NPD proklamierten außenpolitischen Ziele nur auf dem Wege des Krieges oder der militärischen Erpressung“ durchsetzen lassen.

Kühnel und seine Mitarbeiter vertreten wohl mit Recht die Ansicht, daß das von ihnen gesammelte Material (leider konnte das im November 1967 verabschiedete Parteiprogramm nicht mehr berücksichtigt werden), vermutlich für ein Verbot der Partei genügen würde. Dennoch können sie sich nicht zur Befürwortung eines solchen Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht durchringen. Sie befürchten, daß sich die in einem solchen Verbot enthaltenen vagen Formulierungen in der Praxis auch, oder gar hauptsächlich, gegen linke Gruppierungen richten würden. Gewiß, dieser

Argumentation kann man sich nicht ganz verschließen.

Andererseits kann aber nicht verkannt werden, daß die NPD wie ein rechter Golfstrom auch traditionelle Parteien weiter nach rechts zieht: Die Anbiederungsversuche von *Franz-Josef Strauß* und der bayerischen CSU bei der NPD kurz vor und nach der letzten bayerischen Landtagswahl sowie die verschiedenen kommunalen Wahlbündnisse unter Einschluß der NPD beweisen dies. Außerdem ist die Legalität einer neonazistischen (dieses Attribut ist zutreffender als „neofaschistisch“) Partei — bei gleichzeitiger Illegalität der KPD — wohl eine der Hauptursachen für die rechte Gleichgewichtsstörung in der Bundesrepublik gewesen. Gewiß, der Pflug einer konsequent demokratischen Politik für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ist wichtiger als das Schwert der Justiz. Dieses kann wohl kaum eine fortschreitende Demokratisierung ermöglichen; aber leider vermag manchmal nur dieses Schwert eine latente oder akute Bedrohung bereits verwirklichter Demokratie abzuwehren.

*

Die *Demokratische Aktion*, ein Zusammenschluß von entschiedenen Gegnern des Neofaschismus, Neonazismus und der Restauration, gelangte auf Grund eingehender Studien zu der Auffassung, daß die NPD als Nachfolgeorganisation der am 23. Oktober 1952 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) von den Landesmännern aufgelöst werden muß.

Sie beruft sich auf die Definition der „Ersatzorganisation“ im Musterurteil des Bundesgerichtshofes: „Eine Ersatzorganisation ist ein Personenzusammenschluß, der an Stelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil- oder Endziele ganz oder teilweise, kürzere oder längere Zeit, örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt, weiterverfolgt oder weiterverfolgen will.“ In der vorliegenden Schrift entlarven die Demokratische Aktion und ihr Hauptinitiator *Kurt Hirsch* die Scheinheiligkeit der nationaldemokratischen Legalitäts- und Loyalitätsbetuerungen durch die Gegenüberstellung mit ähnlichen Erklärungen von Nazigrößen aus früheren Jahren.

Die rassistischen Referate der Professoren *Ernst Anrich* und *Hermann Oberth* auf dem Karlsruher Parteitag von 1966 und das Parteiblatt *Deutsche Nachrichten* werden gründlich analysiert und seziert. Die auffallende Ähnlichkeit in den programmatischen Forderungen von NSDAP, SRP und NPD geht aus einer ausführlichen Synopse hervor. Das in der Schrift zusammengestellte Material berechtigt deshalb zu der Feststellung: „Die Analyse des politischen Stils der NPD, zu dem auch die Redner und Publikationen zuzurechnen sind, ergeben den eindeutigen Schluß, daß hier eine Wesensverwandtschaft zur NSDAP sowie zur

SRP und damit zu ihren Zielen und Methoden vorliegt. Theoretische Legalitätsbekenntnisse können an diesem Tatbestand nichts ändern“ (S. 59). Jedem, dem an einer Wiederkehr des Jahres 1933 nicht gelegen ist, wird die vorliegende Schrift dringend empfohlen.

Giselher Schmidt

ARNOLD PAUCKER

DER JÜDISCHE ABWEHRKAMPF GEGEN ANTISEMITISMUS UND NATIONAL-SOZIALISMUS IN DEN LETZTEN JAHREN DER WEIMARER REPUBLIK

Leibniz Verlag, Hamburg 1968, 311 S., Ln. 25.— DM.

Von den vielen Darstellungen des Endkampfes der Weimarer Republik gegen die NSDAP berichten nur wenige über den Kampf der deutschen Juden und ihrer Organisationen, nachdem die Juden die ihnen von dieser Seite drohende Gefahr mehr oder minder deutlich erkannt hatten. Eine wichtige aber gedrängte Darstellung findet sich in dem seinerzeit hier gewürdigten Sammelband „Entscheidungsjahr 1932“ (GM, H. 6/1966), der auf die Initiative des Leo-Baeck-Instituts in London zurückgeht, aber auch sehr viel enthält, was mit dem jüdischen Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten doch nur indirekt zu tun hat.

Die in diesem Band enthaltene Studie über den jüdischen Abwehrkampf legt ihr Autor Arnold Paucker nun in einem gesonderten Buch vor, vielfach ergänzt und bereichert, mit einer Fülle von teilweise bisher unveröffentlichten Dokumenten, reichem Material an Anmerkungen, Bibliographie und Registern ausgestattet. Der Hauptwert dieser Arbeit liegt darin, daß sie zum erstenmal Einblick in Vorgänge und Unternehmungen vermittelt, die der Öffentlichkeit vorher nicht bekannt geworden sind. Paucker berichtet und wertet zugleich, er ist alles eher als unkritisch, er schildert den Kampf der konservativen, auf reine „Aufklärung“ über Judentum und Antisemitismus bedachten älteren Generation in den jüdischen Organisationen mit ihrem Rückhalt bei der Masse der deutschen Juden gegen die auf politische Auseinandersetzung drängenden Jüngeren, die sich oft genug gebremst sahen und deren Wirken manchen Widerständen und oft herber Kritik bezeugte.

Die Mehrheit der deutschen Juden stand damals hinter dem *Central Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (C. V.), der den Weg zu den lebendigen Kräften der Linken, zur Arbeiterschaft, nur mühsam und zu spät fand und dieserhalb von anderen jüdischen Organisationen, meist zionistischen, angegriffen wurde. Als Sprachrohr der ins liberale deutsche Bürgertum integrierten Juden teilte er dessen ganzes Elend, sein Unverständnis für die sozialen Hintergründe der nationalsozia-

listischen Bewegung und seine teilweise Hilflosigkeit in ihrer Bekämpfung.

Gewiß, man war nicht untätig und von getarnten, aber hinter den Kulissen vom C. V. gelenkten Organisationen wurde mancherlei nützliche und zum Teil auch wirksame Gegenpropaganda geleistet. Warum sie die Katastrophe nicht verhindern konnte, wird von Paucker ebenso scharfsinnig wie mit liebevollem Verstehen für den guten Willen ihrer Protagonisten dargelegt, denen die soziale Gliederung der deutschen Juden und ihre daran gebundene Mentalität Grenzen für ihre Arbeit zog, die sie leider nicht überspringen konnten und derentwegen ihnen der Enderfolg versagt blieb.

Walter Gyssling

DIE WESTDEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN UND DAS STAATSMONOPOLISTISCHE HERRSCHAFTSSYSTEM 1945—1966.

Herausgeber: Dr. Albert Behrendt, Prof. Dr. Rolf Sieber, Dr. Erwin Swillus, Dr. Johanna Töpfer. Dietz-Verlag, Berlin 1968. 686 S., Ln. 15,80 DM.

Das Material, das von den 22 Mitarbeitern durchgearbeitet wurde, ist vorwiegend westdeutsch: Programme, Protokolle und Entschlüsse der DGB-Kongresse und der Gewerkschaftstage der Einzelgewerkschaften, Zeitungen, Zeitschriften und andere Veröffentlichungen der Gewerkschaften, des DGB usw., selten ein Zitat aus DDR-Publikationen. In 19 Kapiteln wird Geschichte und Arbeit der westdeutschen Gewerkschaften von 1945 an behandelt (Redaktionsschluß 31. Dezember 1966). Jeder Bereich der Gewerkschaftsarbeit findet gut dokumentierte ausführliche Würdigung. Ein sehr fleißig erarbeitetes, ein praktisches Nachschlagewerk, zumal in seinem Anhang von 156 Seiten eine Zeittafel von 1945 bis 1966, 24 Entschlüsse, Programme, Richtlinien usw. aus allen wichtigen Zweigen der Gewerkschaftsarbeit, ein Verzeichnis der Schulen, Akademien und sonstigen Kultur- und Bildungseinrichtungen des DGB und seiner Gewerkschaften, ihrer Verlage, ihrer Presseerzeugnisse und der Gewerkschaftsführer mit Kurzbiographien enthalten ist. Lesbar ist das Buch auch. Es fehlen die sattsam bekannten Beschimpfungen von allem und jedem, die so manches Buch aus der DDR über politische Probleme in der BRD unlesbar machen.

Ob dies nützliche Buch wohl die ihm zukommende Bearbeitung in den Gewerkschaften der Bundesrepublik und Westberlins finden wird? Oder wird die geistige Barriere bewußten oder unbewußten Antikommunismus da sein, von der aus stillschweigend angenommen wird, daß das Buch bestimmt einen Pferdefuß hat (und wenn man ihn nicht sieht:

um so schlimmer)? Denn warum sollte ausgerechnet ein politischer Verlag in der DDR ein Buch über die westdeutschen Gewerkschaften erscheinen lassen, ohne dabei Hintergedanken ideologischer Unterwanderung zu hegen?

Darauf kann man immerhin erwidern, daß zwar das politische System der BRD und seine Persönlichkeiten stets Gegenstand von Angriffen und Polemiken aus der DDR waren und sind, daß aber die Gewerkschaften davon seit langem, sicher seit dem KPD-Verbot von 1956, weitgehend ausgenommen sind. Die ideologische und parteipolitische Neutralität, die der DGB nicht nur in seinem Programm stehen hat, sondern die im großen und ganzen auch praktiziert wurde und wird, hat den kommunistischen Gewerkschaftern in der Bundesrepublik eine, wenn auch sehr eingeschränkte, politische Wirksamkeit erhalten. Letztlich zählt in einem Betrieb, wer sich für die Kollegen einsetzt, und über solche begrenzten Aktivitäten konnten einem Teil dieser in die Illegalität gedrängten Männer und Frauen ein für sie kaum erträgliches unpolitisches Dasein und u. U. lange Gefängniszeiten erspart bleiben.

Der Verlag schreibt mit einem kleinen, dem nüchternen Stil des Buches entsprechenden Seitenhieb an den DGB auf dem Waschetzel: „Hiermit wird erstmalig eine umfangreiche Arbeit über die Stellung der westdeutschen Gewerkschaften im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus ... vorgelegt“ und weist mit diesem „erstmalig“ zurecht auf den Mangel eines solchen Werks bei uns hin. Die Verfasser, bei denen es sich wohl um jüngere Akademiker handelt, die nicht in Gegenposition zur gesellschaftspolitischen Ordnung der DDR stehen, haben Vorstellungen davon, wie sich Gewerkschaften in einem kapitalistischen Land verhalten können und sollen. Es ist ein positives Porträt, das sie gezeichnet haben, und man darf annehmen, daß mehr als nur die Vorstellungen, für die das Regime grünes Licht gegeben hat, hineingeflossen sind. Die Wünsche nach größerer Unabhängigkeit von staatlicher und parteipolitischer Bevormundung sind — wie wir aus den Ereignissen in der CSSR, aber auch aus dem Sacharow-Papier wissen — gerade in der akademischen Schicht in den kommunistischen Ländern verbreitet, und vielleicht haben die Verfasser mit dem vorliegenden Werk eine sich gegen staatliche und parteipolitische Bevormundung behauptende Organisation unbewußt als Vorbild herausgestellt.

Gewiß geht es in diesem Buch nicht ohne ideologische Verbrämungen, aber auf der anderen Seite räumen die Autoren mit einigen Komplexen auf, die wenn schon nicht die Arbeit, so doch das Selbstbewußtsein vieler Gewerkschafter belasten. Es ist beeindruckend, die Geschichte der westdeutschen Gewerk-

schaften in dieser übersichtlichen Zusammenfassung studieren zu können. Wer von uns hat sie denn seit 1945 so im Kopf und parat, daß er (wir sind ja irgendwo immer in der Defensive) mit einigem Stolz auf Erfolge zurückblicken kann, um daraus Mut für neue Kämpfe zu schöpfen? Sicher ist manches ungerecht dargestellt, die Gewichte sind falsch verteilt, aber als aktiver Gewerkschafter kann man anhand dieses Buches die letzten Jahrzehnte zurückblättern und aus eigenem Wissen korrigieren; das Wichtigste und Bedeutsamste an diesem Werk ist, daß hier eine fast lückenlose Unterlage geschaffen ist, die Gelegenheit dazu gibt. Ein Gewerkschafter lebt nicht im leeren Raum des Heute, er muß sich, um wirken zu können, auf eine Tradition stützen. Man kann in diesem Buch nachlesen, daß sich seit 1945 eine neue Tradition gebildet hat: das vorsichtige Ringen um Mitbestimmung in allen Teilen und Bereichen der Wirtschaft und der in sie verwickelten Gesellschaft. Aber auch das Dilemma dieser Situation der Gewerkschaften wird charakterisiert: „Von den progressivsten Kräften in den westdeutschen Gewerkschaften wird anerkannt, daß die Veränderung der privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse ein Angelpunkt für die Verwirklichung einer demokratischen Entwicklung in Westdeutschland ist. Dennoch kann nicht übersehen werden, daß es nicht gelungen ist, diese Erkenntnis zum Allgemeingut der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu machen . . . Zwischen Programmforderung nach der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und der Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes besteht heute noch eine große Kluft.“ (S. 260 f.) Dies Buch kann jeder aktive Gewerkschafter in der Bundesrepublik mit Nutzen lesen; die Gewerkschafter in der DDR werden aus ihm keine grundsätzlich falschen Informationen ziehen.

Anne-Marie Fabian

HEINZ KRASCHUTZKI DIE UNTATEN DER GERECHTIGKEIT

Vom Übel der Vergeltungsstrafe, dargestellt an 111 Fällen aus der Urteils- und Vollzugspraxis unserer Tage. Szczeny Verlag, München 1966. 365 S., Ln. 24,— DM.

FRANK ARNAU DIE STRAFUNRECHTSPFLEGE IN DER BUNDESREPUBLIK

Verlag Kurt Desch, München, Wien, Basel 1967. 218 S., Paperback 13,50 DM.

Das deutsche Strafrecht ist ein reines Schuld- und Vergeltungsstrafrecht. Das deutsche Publikum ist weitgehend von Haß- und Rachedgedanken gegenüber Straffälligen erfüllt. Beides will *Heinz Kraschutzki* ändern: „Er fordert nicht ein paar neue Bestimmungen, er wünscht einen radikalen Kurswechsel und ei-

nen ganz neuen Geist“, schreibt im Vorwort der kürzlich verstorbene Generalstaatsanwalt Dr. *Fritz Bauer*, selbst ein aufrechter, reformfreudiger Kämpfer.

Strafvollzug hat der Verfasser selbst erlebt: neun Jahre lang war er politischer Gefangener im spanischen Bürgerkrieg, nach dem zweiten Weltkrieg arbeitete er acht Jahre als Fürsorger an Berliner Strafanstalten. Am Schicksal von 111 straffällig Gewordenen schildert er negative und positive Ergebnisse deutscher Rechtsprechung und Vollzugspraxis. Dabei wählt er bewußt überwiegend positive Beispiele aus: Straffälligen, hauptsächlich Jugendlichen, wurde durch Erziehung und verständnisvolle Hilfen der Weg zu einem normalen Leben möglich gemacht. Solche Beispiele sind Ausnahmen. Es ist das Besondere und Aufbauende an Kraschutzkis Kritik: Indem er zeigt, was in diesen heute noch seltenen Fällen von verständnisvollen Richtern, Vollzugsbeamten, Bewährungshelfern und auch Laien erreicht wurde, wird dem Leser klar, daß auch andere Gefangene diese Chance hätten, wenn sie nicht in den Strafanstalten stumpfsinnig und unselbständig gehalten würden, und wenn ihnen die Umwelt nach der Entlassung nicht feindselig gegenüberstände, so daß sie oft genug rückfällig werden.

Kraschutzkis Vorschläge für ein neues Erziehungsstrafrecht enthalten u. a. folgende Punkte: Ahndung von kleineren Übertretungen und Vergehen durch Auflagen, wie es jetzt schon im Jugendstrafrecht geschieht; Fortfall aller Geldstrafen (den Reichen treffen sie kaum, den Armen und seine Familie hart).

Bei ernsteren Gesetzesverletzungen wird der Rechtsbrecher zunächst in einer geschlossenen Anstalt behalten. Pädagogisch und psychologisch geschultes Personal erforscht seine Persönlichkeit und die Hintergründe seiner Tat. Hilfestellung zur Selbsterziehung, sinnvolle Arbeit bzw. Berufsausbildung oder Umschulung, geistige Anregung, Familienkontakte bestimmen den Aufenthalt in dieser Anstalt, die Dauer hängt ausschließlich von der menschlichen Haltung und Entwicklung des Rechtsbrechers ab. Vor der endgültigen Entlassung soll er in einer offenen Anstalt an das Leben in der Freiheit gewöhnt werden.

Kraschutzki faßt zusammen: „Diese . . . Punkte stellen nur die erste Skizzierung eines Justizsystems dar, das sich nicht mehr auf die negativen, die menschliche Persönlichkeit angreifenden Kräfte der Vergeltung gründet, sondern ganz auf die positiven, den Aufbau der menschlichen Persönlichkeit fördernden Kräfte der Versöhnung, der Kameradschaft, der Liebe zu den Menschen. Ich bin überzeugt, daß man durch Ausschaltung der negativen und Förderung der positiven Kräfte die Persönlichkeit so erheblich stärken und fördern kann, daß mindestens 80 % der bisherigen Rückfälle vermieden werden. Damit, nicht mit hohen und ab-

schreckenden Strafen, ist der Gesellschaft ge-dient" (S. 361).

Kritik am gleichen Objekt, jedoch weitaus schärfer und aggressiver, übt *Frank Arnau*, prominenter Kriminalschriftsteller und Experte und seit einem Jahr Präsident der „Deutschen Liga für Menschenrechte“. Aus dem weiten Feld juristischer Fehlleistungen der Nachkriegszeit hat er die spektakulärsten Fälle herausgesucht, u. a. *Brühne/Ferbado*, *Dr. Weigand*, *Maria Rohrbad*, *Heyde/Sawade*, Hamburger Glocke, Kölner Klingelpütz. Was hier an Unfehlbarkeitsansprüchen deutscher Richter und Staatsanwälte, kollegialer Vetterwirtschaft und unhaltbaren Gutachterspitzfindigkeiten zutage tritt, ist erschreckend und empörend.

Die Ursachen sieht Arnau sowohl in „der blinden Gefolgschaft einer gehorsamen Masse gegenüber der obrigkeitlichen Autorität“ (Seite 30), als auch in „dem unerträglichen Dunkel der Kabinettsjustiz, in dem die höchste deutsche Rechtsprechung seit 47 Jahren verblieben ist“ (S. 96). Wiederholt betont er, daß seine Feststellungen nicht verallgemeinert werden sollen, daß es sich um Ausnahmen handelt und daß die Mehrzahl der Gerichtsverfahren korrekt und einwandfrei geführt werden. Doch mit temperamentvoller und brillant gespitzter Feder spricht er aufgrund dieser Ausnahmen der deutschen Justiz jede Rechtsstaatlichkeit und geordnete Strafrechtspflege ab.

Hier liegt ein Widerspruch, und jeder Leser muß selbst entscheiden, ob er sich der schwerwiegenden Schlußfolgerung anschließen wird. Weitere, die Justiz belastende Elemente — das Strafgesetzbuch aus dem Jahr 1871 sowie immer noch tätige Beamte mit brauner Vergangenheit — machen diese Entscheidung nicht gerade leicht.

Leider begeht Arnau zuweilen selbst die Fehler, die er anprangert; er argumentiert spitzfindig, unsachlich und auch falsch. So fand die letzte Hinrichtung eines nachweislich Unschuldigen in England nicht 1815 statt (S. 39), sondern 1950 (*Timothy Evans*). Den Eingriff in ein schwebendes Verfahren rügt Arnau selbst zu Recht. Doch im Fall des Todesschützen *Kurras* behauptet er — vor der Urteilsprechung — diesem sei Notwehr zugebilligt worden (S. 218). Das später gefällte, allerdings unbefriedigende und auch noch nicht rechtskräftige Urteil sprach dem Angeklagten das Notwehrrecht ausdrücklich ab.

Beide Autoren wollen dazu beitragen, die hohen Ideale der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu verwirklichen. Heinz Kraschutzki weist hier den besseren Weg: So wie er in jedem Straffälligen zuerst die positiven Elemente gefördert sehen will, so bleibt er auch gegenüber den Schuldigen in der schwarzen Robe ohne Haß, sondern ermutigt und stärkt die reformwilligen Kräfte. *Eva Lorenz*

S. I. HAYAKAWA:
SEMANTIK

Sprache im Denken und Handeln. Verlag Darmstädter Blätter, Darmstadt 1967, 482 S., 15,80 DM.

Die Semantik ist ein relativ junger Wissenschaftszweig, der im deutschen Sprachgebiet noch wenig gepflegt wird. Ganz anders sieht es da in den USA aus, an deren Hochschulen schon heute über 160 Lehrstühle und Lehraufträge für Semantik bestehen. Auch in anderen Ländern nimmt das Interesse für semantische Studien laufend zu.

Um so verdienstvoller ist es, daß Dr. *Günther Schwarz*, als Übersetzer und Herausgeber ein grundlegendes Werk über Semantik, das 1939 erstmals erschienene Buch des amerikanischen Gelehrten S. I. Hayakawa „Language in Thought and Action“ in vortrefflicher deutscher Übersetzung vorlegt. Das außerdem in sieben andere Sprachen übersetzte Werk gibt eine ausgezeichnete Einführung in die Probleme der Semantik, zeigt die entscheidende Rolle auf, welche die Sprache als Instrument des Denkens (wir denken in den von der Sprache gebildeten Begriffen) wie als Kommunikationsmittel, also als soziales Bindeglied unter den Menschen, spielt und welche positiven wie negativen Impulse von der Sprache auf unser Handeln ausgehen. Die wesentlichen Funktionen der Sprache, Mittel des Gefühlsausdrucks, Instrument zur Speicherung von Wissen und Erfahrungen zu sein, um nur zwei weitere zu nennen, werden von Hayakawa, der japanischer Abstammung ist, eingehend untersucht sowohl in der Alltagssprache, wie in der Sprache des Gelehrten, des Dichters, des Werbefachmanns, des Politikers.

Die Stufenleiter der sprachlichen Abstraktionen wird dargelegt und unser Augenmerk all den großen und kleinen Irrtümern im Gebrauch der Sprache zugewandt, die manchmal recht gefährlich für das gegenseitige Verstehen und Zusammenleben der Menschen werden können. Hayakawa will, wie er selbst im Vorwort schreibt, mit den Methoden der Semantik das Sprachbewußtsein und die Fähigkeit zu klarem Denken steigern „durch ein Verständnis der Rolle der Sprache im menschlichen Leben, ausgedrückt in biologischen und funktionalen Begriffen und durch ein Verständnis der verschiedenen Verwendungszwecke der Sprache: Sprache als Träger von Informationen; Sprache als Mittel um menschliche Beziehungen herzustellen und ihnen Ausdruck zu verleihen und die Sprache der Dichtung und der Phantasie. Wie wir alle aus der Fernsehwerbung wissen, können Wörter, die keine wirkliche Information enthalten, nichtsdestoweniger Wagenladungen von Rasierseife und Kuchenmehl in Bewegung setzen, Worte können Menschen veranlassen, in den Straßen zu marschieren — und Worte können auf andere Menschen so aufreizend wirken, daß sie die Marschierenden mit Steinen bewerfen.“

Hayakawa schreibt erfrischend klar und einfach, nicht ohne Humor; leicht faßbare Bilder und Metaphern, viele Beispiele und kleine Übungen zur Erfassung der semantischen Sprachanalysen kennzeichnen seine Darstellungsweise, der jegliche akademische Geschwollenheit erfreulich abgeht. Sein Buch liest sich leicht, ist aber keine leichte Lektüre, weil es zum Nachdenken zwingt. Wer sich vor der

Alternative „Aufeinander schießen“ oder „Miteinander reden“ für das Reden entscheidet, wird in Hayakawas Buch ein wichtiges Hilfsmittel zur Erzielung einer fruchtbaren Diskussion finden, das ihn zugleich abhärtet gegen jedes an Gedanken so arme und an Hintergedanken manchmal so reiche Bla-bla-bla, mit dem wir täglich berieselt werden.

Walter Gysling

